



**Antwort
des Stadtrates an
den Gemeinderat**

Nr. 14/2009

115.00

Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend

Agglomerationsfusionen: Entwicklungspotenzial der Stadt Chur durch Zusammenschlüsse mit umliegenden Gemeinden

Gemeindefusionen liegen im Trend. Die Anzahl der Schweizer Gemeinden hat sich vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 von 2'715 auf 2'636 reduziert, was der grössten Abnahme seit der Gründung des Bundesstaats 1848 entspricht; damals zählte die Schweiz 3'205 Gemeinden. Dem schweizerischen Trend folgt auch der Kanton Graubünden: Nachdem die Zahl der Gemeinden während Jahren stagnierte, nahm sie von 2008 auf 2009 von 203 auf 190 Gemeinden ab. Der Stadtrat geht davon aus, dass sich diese Entwicklung auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Mehr und komplexer werdende Aufgaben, steigende Ansprüche der Bevölkerung sowie ein an seine Grenzen stossendes Milizsystem erfordern eine Professionalisierung sowohl der Verwaltung als auch der politischen Führung.

1. Fusion als Entwicklungsmotor

Während bei Zusammenschlüssen von Klein- und Kleinstgemeinden das Effizienzargument im Vordergrund steht, zielt der vorliegende Vorstoss in eine andere Richtung: Durch eine strategische Fusion von Chur mit den Agglomerationsgemeinden soll die Stadt ihre Wettbewerbsposition halten bzw. ausbauen. In die gleiche Richtung zielt das Wirtschaftsforum Graubünden in seinem „Update 2008“ zum Wirtschaftsleitbild 2010. Bisher sei primär der Zusammenschluss von Klein- und Kleinstgemeinden thematisiert worden. Aus dem Blickwinkel der Standortentwicklung sei aber vor allem wichtig, dass sich starke Gemeinden vermehrt in funktional zusammen gehörende Räume integrierten, um das vorhandene Potenzial optimal auszuschöpfen. Das Szenario des Wirtschaftsforums sieht vor, dass sich die Gemeinden des Bündner Rheintals bis ins Jahr 2025 zusammenschliessen, was die Möglichkeit zu einer koordinierten Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung eröffne.



2. Die Fusion von Luzern mit Littau als Beispiel

Am 17. Juni 2007 haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Littau und der Stadt Luzern einer Fusion zugestimmt; die Vereinigung wird per 1. Januar 2010 vollzogen. Damit ist ein erster Schritt einer von Kanton und Stadt Luzern formulierten Vision einer Stadtregion erreicht, welche die Stadt Luzern und die Nachbargemeinden zu einem neuen, starken Zentrum mit deutlich über 100'000 Einwohnerinnen und Einwohnern vereinigt. Wichtige Argumente für die Fusion waren eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im Regionenwettbewerb, die Umsetzung einer zukunftsgerichteten Verkehrs- und Raumplanung sowie die räumlichen Reserven, über die Littau verfügt.

3. Situation im Kanton Graubünden

Im „Ginfo“ Nr. 1/2000 des Gemeindeinspektorats (heute: Amt für Gemeinden) Graubünden findet sich eine Auslegeordnung von Stärken und Schwächen der heutigen Gemeindefusionen und deren Instrumente. Darin heisst es, die Regierung habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass sie kein eigentliches Projekt oder einen Plan für Gemeindefusionen vorlegen wolle. Eine Erfolg versprechende Reform müsse von der Bevölkerung getragen werden, d.h. sie müsse von unten kommen und könne nicht von oben verordnet werden. Der Kanton wolle deshalb zwar nicht untätig bleiben, jedoch keinen Druck ausüben.

Bei der Behandlung der Botschaft der Regierung zur Teilrevision der Kantonsverfassung im Zusammenhang mit der Aufgabenentflechtung bei der Justiz (Botschaft Nr. 9/2008-2009) hat der Grosse Rat in der Oktober-Session 2008 beschlossen, die Vorlage an die Kommission zurück zu weisen, damit die Regierung ihre Absichten in Bezug auf die Justizreform und ihre strategischen Überlegungen zu weiteren Strukturreformen konkretisieren kann. Die Regierung schreibt in ihren Erläuterungen vom 16. Dezember 2008, es sei allgemein anerkannt, dass der Kanton mit 11 Bezirken, 13 Regionalverbänden, 39 Kreisen, fast 200 Gemeinden und über 400 anderen Trägern der interkommunalen Zusammenarbeit überstrukturiert sei. Als optimal bezeichnet die Regierung eine Reduktion der Gemeinden auf unter 50, als realistisch eine solche auf unter 100. Die Zielvorstellungen der Regierung lauten dabei wie folgt:

- Wirksame Aufgabenerfüllung bei wirtschaftlichem Mitteleinsatz
- Synergieeffekte mit grösserem finanziellem Spielraum
- Ausbau bzw. Stärkung von Autonomie und Demokratie
- Verbesserte Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung
- Gestärkte Position gegen aussen



Die Regierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sie auch strategische Fusionen, genannt werden Chur und das Oberengadin, als höchst wirkungsvoll erachtet.

4. Beantwortung der Fragen

4.1 Hat sich der Stadtrat bereits Gedanken darüber gemacht, welche Auswirkungen ein Zusammenschluss mit Agglomerationsgemeinden nach sich ziehen würde?

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung wird nach Ansicht des Stadtrates vermehrt regional gedacht, was zu begrüßen ist. Ein Zusammenschluss der Gemeinden des Bündner Rheintals könnte in dieser Hinsicht von grossem Nutzen sein, böte sich doch die Möglichkeit, eine einheitliche Siedlungs- und Wirtschaftspolitik zu definieren und umzusetzen.

Bei Fusionen von Kleinstgemeinden ist in der Regel ein Leidensdruck vorhanden, der einen Zusammenschluss als einzige Perspektive erscheinen lässt. Im Falle einer „Agglomerationsfusion“ dürfte die Tatsache erschwerend wirken, dass sich ungleich grosse Gemeinden zusammenschliessen würden. Die Befürchtung, von Chur vereinnahmt zu werden, wäre dabei nicht von der Hand zu weisen.

4.2 Gab es oder gibt es konkrete Anfragen umliegender Gemeinden, welche die Fusion mit der Stadt Chur anstreben?

Im Jahr 2008 wandte sich die damalige Gemeinde Praden an die Stadt, um die Möglichkeiten eines Anschlusses zu sondieren. Der Stadtrat zeigte sich dem Ansinnen gegenüber grundsätzlich offen, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde Tschierschen einbezogen wird. Da für Tschierschen ein Anschluss an Chur jedoch nicht in Frage kam, wurden keine Gespräche aufgenommen. Zwischenzeitlich sind die ehemals eigenständigen Gemeinden auf den 1. Januar 2009 zur Gemeinde Tschierschen-Praden vereinigt worden.

4.3 Decken sich die Interessen und Absichten der Stadt Chur mit der von der Bündner Regierung angestrebten umfassenden Reform der territorialen Strukturen?

Wie die Regierung bereits im Jahr 2000 schrieb, müssen ihrer Ansicht nach Fusionen von der Bevölkerung mitgetragen werden. Aus diesem Grund setzt sie auch weiterhin auf Aufklärungs-, Überzeugungs- und Beratungsarbeit („von unten initiiert, von oben gefördert“). An dieser Strategie möchte die Regierung bis zum In-Kraft-Treten der Bündner NFA am 1. Januar 2011 festhalten.



Der Stadtrat geht davon aus, dass die Regierung das bisher gemächliche Tempo bei den Gemeindefusionen in den nächsten Jahren erhöhen wird. Da die konkreten Schritte zurzeit nicht bekannt sind, kann diese Frage nicht abschliessend beantwortet werden.

4.4 Teilt der Stadtrat die Meinung, dass eine Bereinigung der territorialen Strukturen die Planung und das politische Wirken in der Agglomeration vereinfachen und effizienter gestalten liesse, und dass durch den Anschluss umliegender Gemeinden eine win-win-Situation entstehen würde?

Eine Fusion der Gemeinden im Bündner Rheintal dürfte insgesamt vor allem in planerischer Hinsicht Vorteile bringen. Zu bedenken ist jedoch, dass es sich dabei mehrheitlich um gut funktionierende, für kantonale Verhältnisse grosse Gemeinden handelt. Es dürfte deshalb besonders schwierig sein, diese davon zu überzeugen, ihre Autonomie einer „strategischen“ Fusion zu opfern.

Chur, 30. März 2009

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

Christian Boner

Markus Frauenfelder

Aktenauflage

- Ginfo Nr. 1/2000, Gemeindeinspektorat informiert Gemeinden
- Wirtschaftsforum Graubünden, Update 2008 zum Wirtschaftsleitbild 2010
- Erläuterungen der Regierung zur Aufgabenteilung bei der Justiz, zur Strategie in Bezug auf die Strukturreformen und zur künftigen Stellung der Kreise vom 16. Dezember 2008
- Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 9/2008-2009

Interpellation

Agglomerationsfusionen:

Entwicklungspotenzial der Stadt Chur durch Zusammenschlüsse mit umliegenden Gemeinden

Auf den 1. Januar 2009 traten im Kanton Graubünden insgesamt sechs Zusammenschlüsse von Gemeinden in Kraft. Dadurch sinkt die Anzahl Gemeinden von 203 auf noch 190. In zahlreichen Talschaften, Regionen und Gemeinden wird über die Fusion mit einer oder mehreren Nachbargemeinden diskutiert oder verhandelt. Dass Handlungsbedarf für eine Reform der territorialen Strukturen besteht, bezweifelt mittlerweile kaum jemand mehr. Die Bündner Regierung hat auch im Zusammenhang mit der Justizreform betont, die Strukturreform vorantreiben zu wollen (vgl. dazu auch den Artikel in der SO vom 23.1.2009). Bis anhin wagten in Graubünden eher kleinere und peripher gelegene Gemeinden den Schritt zum Zusammenschluss. Diese Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in wirtschaftlich starken Regionen und Agglomerationsräumen die gewachsene funktionale Raumrealität immer stärker von den institutionellen Strukturen abweicht. Die Gemeindegrenzen lösen sich in einem zunehmend gesellschaftlich und wirtschaftlich vernetzten Raum auf; die Mobilitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten haben die Lebensweisen und Lebenseinstellungen in wenigen Jahrzehnten massgeblich verändert. Dies ruft nach einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Planung und anderen sektoralpolitischen Aktivitäten in funktionalen Räumen. Diese notwendige Zusammenarbeit könnte bei gleichzeitiger Straffung der territorialen Strukturen vereinfacht und effizienter ausgestaltet werden. Gerade auch in Agglomerationsräumen werden Fusionen thematisiert. Beispiele sind der Anschluss von insgesamt elf Tessiner Gemeinden an die Stadt Lugano oder der Zusammenschluss der Vorortsgemeinde Littau mit Luzern. Fusionen zielen darauf ab, die knapper werdenden Ressourcen effizient einzusetzen und sich gleichzeitig im (inter)nationalen Standortwettbewerb als Wirtschaftsstandort behaupten zu können.

Das Bündner Rheintal mit der Stadt Chur im Zentrum ist einer der wirtschaftlichen Motoren im Kanton Graubünden. Diesen funktionalen Raum als Ganzes nachhaltig zu stärken, sollte Ziel der städtischen Wirtschaftspolitik sein. Eine Massnahme zur Effizienzsteigerung und zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (siehe Wirtschaftsleitbild Graubünden) könnte auch eine Bereinigung der institutionellen Strukturen sein.

Die Unterzeichnenden ersuchen den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich der Stadtrat bereits Gedanken darüber gemacht, welche Auswirkungen ein Zusammenschluss mit Agglomerationsgemeinden nach sich ziehen würde?
2. Gab es oder gibt es konkrete Anfragen umliegender Gemeinden, welche die Fusion mit der Stadt Chur anstreben?
3. Decken sich die Interessen und Absichten der Stadt Chur mit der von der Bündner Regierung angestrebten umfassenden Reform der territorialen Strukturen?
4. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass eine Bereinigung der territorialen Strukturen die Planung und das politische Wirken in der Agglomeration vereinfachen und effizienter gestalten liesse, und dass durch den Anschluss umliegender Gemeinden eine Win-Win-Situation entstehen würde?

Chur, den 29. Januar 2009

Luca Tenchio

